

2651/J XXI.GP
Eingelangt am:04.07.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Personaleinsatz für die Aufarbeitung der Erhebungen im Schweinemast - Skandal

Aus der Schweine - Affäre und den Futtermittelskandalen wurden bis heute nicht die nötigen, umfassenden rechtlichen Konsequenzen gezogen. Anstatt lange anstehende Reformen zügig in Angriff zu nehmen und Effizienzdefizite zu beseitigen, bleiben weiterhin Verstöße häufig ungeahndet oder fallen unter Bagatellverfahren, sodass sie zu Kavaliärsdelikten werden. Damit führen diverse Ineffizienzen zu wesentlichen Risiken für Leib und Leben der KonsumentInnen und zu Marktverzerrungen, unter denen rechtstreue UnternehmerInnen Schaden erleiden.

Für die Erhebungen wurden diverse Personalressourcen benötigt. Speziell die Umweltkriminalpolizei und ihr zugeordnete Kräfte der Gendarmerie leisteten unter erheblichem persönlichen Einsatz umfangreiche Erhebungsarbeiten. Dabei war eine bundesländer - und staatsübergreifende Zusammenarbeit erforderlich (OÖ, NO, Stmk, Bayern). Nun gilt es die umfangreichen Materialien aufzuarbeiten und das entsprechende rechtliche Prozedere vorzubereiten. Auch dazu sind geschulte Kräfte in ausreichendem Umfang erforderlich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wieviele Kräfte der Exekutive waren jeweils in den einzelnen Bundesländern im Zuge der Erhebungsarbeiten im Einsatz (Umweltkripo und Gendarmerie)?
2. Welche Erfahrungen machte man bei der bundesländer - und staatsübergreifende Zusammenarbeit, welche Verbesserungen erscheinen dringend nötig?
3. Denken Sie daran, dass ein gemeinsames oberösterreichisch - bayrisches Team von ExekutivbeamtInnen geschaffen wird, das in diesem Raum ein besonderes Augenmerk auf den Antibiotikahandel bzw - einsatz legt?

4. Wie lange wird die Phase der Ermittlung und Aufarbeitung der Erhebungsergebnisse dauern?
5. Wieviele Beamtinnen aus welchen Bereichen sind mit der Aufarbeitung der Erhebungsmaterialien befasst, auf deren Grundlage die weiteren rechtlichen Schritte erfolgen sollen?
6. Denken Sie an die personelle Verstärkung dieses Aufgabenbereichs, eventuell an die Einrichtung einer Spezialabteilung? Wenn nein, warum nicht?